



DRB NRW - Bund der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen e.V.

Köln, 10.03.2026

Presseerklärung

Der Vorsitzende des DRB NRW forderte auf der Landesvertreterversammlung am 10. März 2026 in Köln die Politik auf, die Digitalisierung der Justiz schnellstmöglich voranzutreiben und die Personallücken dringend zu schließen.

In der hochkarätig besetzten Landesvertreterversammlung hat der Vorsitzende des Landesverbandes aus Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Gerd Hamme, an die Politik appelliert, sich dringend um die Weiterentwicklung der Digitalisierung der Justiz zu kümmern. Elektronische Akte und elektronischer Rechtsverkehr seien in weiten Teilen noch Großbaustellen. Er hat außerdem angemahnt, die Personallücken in den Staatsanwaltschaften und Verwaltungsgerichten des Landes schnellstmöglich zu schließen. „Die Kolleginnen und Kollegen setzen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten leidenschaftlich für die Erfüllung ihrer Aufgaben ein. Aber sie können und werden es alleine nicht schaffen. Sie reiben sich auf. Lassen Sie die Kolleginnen und Kollegen nicht im Regen stehen und schaffen Sie die Rahmenbedingungen für eine Verbesserung der IT-Strukturen!“ forderte der Vorsitzende von den anwesenden Rechtspolitikern aus dem Landtag und dem Minister der Justiz. Zudem verlangte der Vorsitzende von der Politik, eine zügige Lösung für das „unwürdige Gerangel“ um das Auffinden einer verfassungsrechtlichen Untergrenze der amtsangemessenen Alimentation zu finden.

Die Bundesvorsitzende des DRB, Andrea Titz, betonte, dass angesichts des drohenden weiteren Rechtsrucks in Deutschland die Politik alles in ihrer Macht stehende unternehmen müsse, um die Justiz zu sichern. Neben dem Bundesverfassungsgericht müssten auch die Landesverfassungsgerichte resilient gestärkt werden. Die Politik sei aufgerufen, dieses Thema mit Hochdruck anzugehen. Als Möglichkeit zur Linderung der bestehenden Personalengpässe sei die Neuauflage des Paktes für den Rechtsstaat nunmehr umzusetzen. Sie mahnte: „Als dritter Pfeiler des demokratischen Rechtsstaates tue man gut daran, die Justiz zu stützen“.

Verantwortlich im Sinn des § 8 PresseG (NW): Kai Niesten-Dietrich, Geschäftsführer,
DRB NRW - Bund der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in
Nordrhein-Westfalen, Landesverband des DRB
Martin-Luther-Straße 11, 59065 Hamm, Telefon 02381/29814 – Telefax 02381/22568
E-Mail info@drb-nrw.de, Internet www.drb-nrw.de

Der Minister der Justiz, Dr. Benjamin Limbach, hob hervor, dass die Verbesserung der IT-Verfahren ein Ziel sei, dass die Politik und den DRB NRW eine. Der digitale Wandel sei schon längst da, aber noch lange nicht abgeschlossen. Im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz seien vorrangig die Chancen zu sehen, aber kein blindes Vertrauen an den Tag zu legen. Eine besondere Aufgabe sei es, die Justiz resilient zu machen.

Der DRB NRW hat sich im Rahmen der Landesvertreterversammlung unter dem Titel „Kompetent in die Zukunft: Neue Impulse für Aus und Fortbildung im digitalen Zeitalter“ unter anderem mit den besonderen Herausforderungen für die Entscheider in der Justiz befasst, die durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz entstehen. Zugleich haben sich die Teilnehmer in Workshops damit befasst, welche Anforderungen in Zukunft an Richter und Staatsanwältinnen zu stellen sind, um auch politischem Druck standzuhalten und dem Recht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zur Durchsetzung zu verhelfen.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an den Geschäftsführer des DRB NRW Kai Niesten-Dietrich: 0172-5408695.

Der DRB NRW - Bund der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen e.V ist mit über 4.300 Mitgliedern bei ca. 5.900 Richterinnen, Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen e.V. deren größter Berufsverband.